

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Ausbildungsabgabe - Aktien - UNIDO -  
EWS - WTO-Ministerkonferenz**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1996) : Kurz kommentiert: Ausbildungsabgabe - Aktien - UNIDO - EWS - WTO-Ministerkonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 12, pp. 609-610

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137413>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Ausbildungsabgabe Kurieren am Symptom

Der Parteitag der SPD zur Jugendpolitik hat kürzlich eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe gefordert, die keine Lehrlinge ausbilden. Mit den Einnahmen sollen Lehrstellen geschaffen und auszubildende Betriebe gefördert werden. Diese Idee ist nicht neu. Bereits in den achtziger Jahren, als geburtenstarke Jahrgänge zu einem steilen Anstieg der Nachfrage nach Lehrstellen führten, wurden solche Vorschläge gemacht, und sie wurden in den letzten Jahren wieder hervorgeholt. Tatsächlich ist in Westdeutschland bei wachsender Bewerberzahl das Lehrstellenangebot deutlich gesunken. Insgesamt betrachtet ist dennoch in jedem Jahr ein Ausgleich am Lehrstellenmarkt erreicht worden; dies wird wohl auch 1996 der Fall sein. In Ostdeutschland besteht allerdings weiterhin ein Angebotsdefizit.

Eine staatliche Zwangsabgabe wäre lediglich eine Symptomkur. Zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze entstünden kaum, denn die Betriebe würden wie schon bei der Schwerbehindertenregelung eher die Kosten der Abgabe in Kauf nehmen als neue Stellen schaffen. Die Subventionierung von Ausbildungsplätzen wäre außerdem mit Mitnahmeeffekten verbunden. Ferner erforderte die Regelung erheblichen Verwaltungsaufwand. Geeigneter zur Lösung der Probleme am Lehrstellenmarkt wäre eine Therapie, die an den Ursachen ansetzt. In erster Linie sind hier die Tarifparteien gefordert, denn ein wichtiger Grund für das schwache Angebot ist in den massiv gestiegenen Ausbildungskosten zu sehen. So sind die Lehrlingsvergütungen in den letzten zehn Jahren um die Hälfte stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Ein Einfrieren oder sogar eine Absenkung der Lehrlingsentgelte wäre daher ein erfolversprechenderer Anreiz für Betriebe, Ausbildungsplätze zu schaffen. sp

### Aktien

## Unergiebige Kursgewinnsteuer

Steuern sind in der Regel nur nützlich, wenn sie wirklich zu Einnahmen führen. Zwar wird die Kursgewinnbesteuerung von Aktien im Rahmen der aktuellen Steuerreform von ihren Befürwortern vorrangig mit Argumenten verbesserter Steuergerechtigkeit propagiert; die Vorstellung, durch Erbschaft vermögend gewordene Rentiers könnten die ihnen im Börsenspiel

zufallenden Gewinne unversteuert genießen, wird als unerträglich angesehen. Fiskalisch ergiebig ist die Besteuerung von Spekulationsgewinnen aber nur, wenn die Zahl solcher Rentiers und der Gesamtgewinnumfang wirklich bedeutsam, der Erhebungs- und Kontrollaufwand gering und eine Vermögensverlagerung ins Ausland unmöglich ist.

Zwar gibt es gut strukturierte Statistiken zum volkswirtschaftlichen Gesamtvermögen, nicht aber zur Zahl solcher Rentiers und deren Aktienvermögen. Sehr wahrscheinlich sind die landläufigen Vorstellungen übertrieben, fällt es in Deutschland doch selbst erfahrenen Spekulanten schwer, den realen Vermögenswert langfristig auch nur zu erhalten. Die genaue Kontrolle von Nettokurserträgen wäre zweifelsohne aufwendig. Die zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien scheinbar notwendige Steuermehrung wird jedoch insbesondere durch die mit Kapitalverkehrsliberalisierung und Binnenmarkt bewußt geschaffenen Transfermöglichkeiten verhindert. Selbst durch eine europäische Steuerharmonisierung ließe sich eine Kapitalflucht kaum verhindern, da auch die meisten außereuropäischen Länder keine Kursgewinnsteuer kennen. Auch wäre eine aktive Förderung der Aktienmärkte steuerpolitisch erfolversprechender. Was Deutschland braucht, ist nicht eine noch raffiniertere Steuerbuchhaltung, sondern mehr und bessere private Unternehmen und Arbeitsplätze und mehr gesamtwirtschaftlich orientierte politische Weitsicht bei schlankem Staatsapparat. de

### UNIDO

## Streit um deutsche Mitgliedschaft

Seit dem 20. November ist es öffentlich: der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit plädiert für einen Austritt Deutschlands aus der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Haushaltskürzungen machten Sparmaßnahmen unumgänglich. Wegen der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen habe die UNIDO an Bedeutung verloren. Sie sei zudem überbürokratisiert, so daß das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr stimme. Die freiwerdenden Mittel sollten besser in anderen UN-Organisationen, z. B. UNDP, plaziert werden.

Gegen die Pläne aus dem BMZ hat sich im Parlament und Außenministerium sofort berechtigter Widerstand formiert. Der Anteil Deutschlands am Budget der UNIDO ist mit über 20% recht hoch, so daß der Bundesaußenminister mit Recht befürchtet, seine Bemühungen, Deutschland einen größeren Einfluß in

den Vereinten Nationen und einen Sitz im Weltsicherheitsrat zu sichern, würden durch den Austritt einen Rückschlag erleiden. Außerdem steht die Steigerung der Effizienz seit längerem bei den Vereinten Nationen und all ihren Organisationen auf der Tagesordnung, und die Wiederwahl des Generalsekretärs Boutros Ghali für eine zweite Amtsperiode scheitert voraussichtlich auch an dem Vorwurf, nicht hinreichend für entsprechende Reformen gesorgt zu haben. Warum also sollte Deutschland seinen Finanzbeitrag ausgerechnet aus der UNIDO abziehen, die zu den wenigen UN-Organisationen gehört, die sich in jüngster Zeit reformiert haben? Wie zu erfahren ist, scheinen sich diese Argumente durchgesetzt zu haben, und der Austritt wird zunächst zurückgestellt. Es ist zu hoffen, daß die Zeit genutzt wird, nicht nur zu prüfen, inwieweit die Reformen der UNIDO gegriffen haben, sondern auch zu überlegen, welche Einrichtung der UN unter dem Gesichtspunkt der Effizienz die bessere Alternative ist. ho

## EWS

### Rückkehr der Lira

Nach gut vier Jahren ist die Lira in den Wechselkursmechanismus des EWS zurückgekehrt. Damit gibt es jetzt zwölf EWS-Vollmitglieder. Die Reintegration der Lira erwies sich keineswegs als einfach, zumal die organisatorischen Vorbereitungen unzureichend gewesen waren. Der italienische Unternehmensverband und die Gewerkschaften hatten einen „wettbewerbsvorteilhaften“ Leitkurs von 1050 Lire je D-Mark angestrebt. Deutschland, Frankreich und einige andere D-Mark-Blockländer waren dagegen von einem Kurs von 950 Lire ausgegangen, während die Vorstellungen der italienischen Notenbank bei 1010 Lire lagen. Erst nach längerem Hin und Her einigten sich die EU-Finanzminister und Notenbankchefs schließlich auf einen Kurs von 990 Lire je D-Mark. Damit blieb man knapp unter dem herrschenden Marktkurs. Zuvor hatte die italienische Notenbank kurssenkende Interventionen mit dem Ziel des Aufbaus von Devisenreserven vorgenommen. Den – insbesondere von Frankreich erhobenen – Vorwurf einer kompetitiven Abwertung wies sie zurück.

Angesichts der großen Bandbreite von +/- 15% im gegenwärtigen EWS verwundert das Hick-Hack um die Fixierung des Leitkurses. Dieses Prozedere dürfte schon einen Vorgeschmack auf die Schwierigkeiten bei der Festlegung der endgültigen Wechselkurse vor Ende 1998 geben. Mit der Rückkehr der Lira in den

EWS-Wechselkursmechanismus hat Italien – gleichsam „fünf vor Zwölf“ – eine notwendige, aber noch keineswegs hinreichende Bedingung für den Beitritt zur Dritten Stufe der EWU erfüllt. Abzuwarten bleibt die Performance bei den anderen Maastricht-Kriterien. Selbst wenn die Ziele im Hinblick auf Inflationsrate und laufendes Defizit realisiert würden, müßte das Schuldenkriterium politisch schon sehr weit ausgelegt werden, um im Falle Italiens als erfüllt gelten zu können. kr

## WTO-Ministerkonferenz

### Treten auf der Stelle

Nach dem von viel Hoffnung begleiteten Start der WTO in Marrakesh 1994 haben die letzten beiden Jahre die Grenzen der Handelsliberalisierung deutlich gemacht. Die erste Ministerkonferenz der WTO in Singapur stand daher unter keinem glücklichen Stern. Von der umfangreichen Tagesordnung der Konferenz konnte nur ein Bruchteil abgearbeitet werden. Es wurde deutlich, daß in vielen Ländern eine gespannte innenpolitische Lage protektionistische Tendenzen begünstigt, die einer weiteren Handelsliberalisierung entgegenstehen. Beispielsweise stellte die US-Handelsbeauftragte fest, daß die WTO die Bedürfnisse der jeweiligen Wählerschaft in den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen müsse.

Die kritischen Fragen der Umwelt- und Sozialstandards wurden auf Betreiben der Entwicklungsländer vertagt, wobei viele Entwicklungsländer letztere ganz aus dem Verhandlungsprogramm streichen wollen. Die Chancen, daß die Verhandlungen über Telekommunikation bis zum 15. Februar 1997 abgeschlossen werden, sind etwas gestiegen, hängen aber von der Einigung der USA und der EU ab, die sich derzeit auf vielen Gebieten handelspolitische Grabenkämpfe liefern. Das Investitionsabkommen wird von einigen Entwicklungsländern blockiert, so daß die Industrieländer eher auf das OECD-weite Investitionsabkommen setzen. Darüber hinaus entspannt sich ein Streit, ob Anti-Dumping-Politik im Rahmen einer internationalen Harmonisierung der Wettbewerbspolitik berücksichtigt werden solle. Die USA lehnen dies ab. Neben einer sehr allgemeinen Ministererklärung wurden als einziger greifbarer Erfolg Handelserleichterungen für die ärmsten Entwicklungsländer zugestanden. Vor diesem Hintergrund bleibt nur zu hoffen, daß die WTO in den nächsten Jahren wieder etwas an Fahrt gewinnt und vor Ende des Jahrzehnts eine neue Handelsrunde eingeleitet werden kann. ami